

**Stv. Michael Hundertmark, CDU-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

ich versuche, meine heutige Haushaltsrede nach der, die ich zum Nachtragshaushalt letzten Jahres gehalten habe, vielleicht etwas kürzer zu halten zum Einen und vielleicht so zu halten, dass der Magistrat sich nicht genötigt fühlt, wieder hier alles ins Gegenteil umzukehren, zumindest dies zu versuchen. Wir haben also relativ kurz logischerweise, nachdem der Nachtragshaushalt hier verabschiedet wurde, heute den Haushalt für das aktuelle lfd. Jahr 2017 vorliegen. Die Änderungsliste, die entsprechend vom Magistrat vorgelegt wurde, hat ein paar durchaus erfreuliche Zahlen mit sich gebracht. Ich will da auf die Gewerbesteuererinnahmen eingehen, die ja bislang 29, 8 Mio € waren, nochmals erhöht werden konnten um 3,15 Mio € auf jetzt rd. 33 Mio € beziffert sind. Darüber hinaus steigen die Einnahmen unserer Stadt durch die Grundsteuer B, natürlich auch die Grundsteuer A, aber ich will hier besonders die Grundsteuer B erwähnen, weil wir hier eine Erhöhung von 2 Mio € auf 12 Mio € haben und das ist eine beträchtliche Erhöhung. Weiter will ich den Blick darauf lenken, welche Steuereinnahmen die Stadt noch generiert, und das sind die Anteile, die wir bekommen an Einkommensteuer und auch an Umsatzsteuer. Auch hier sind positive Tendenzen zu verfolgen, und das ist auch der Punkt, an dem wir Land und Bund immer hören, wie sie sagen: Uns geht es so gut wie noch nie, die Steuereinnahmen sind so hoch wie noch nie, das ist genau der Punkt. Für uns als Stadt ist das Problem, dass wir nur anteilig davon profitieren, aber wir profitieren auch hier. Spannen, und das will ich natürlich nicht unerwähnt lassen, ist, wenn man den Haushalt genauer sich zu Gemüte führt, dann gibt es auch eine Veränderung im Bereich der Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen sind nach dem Planentwurf 31,1 Mio € hoch, und damit so hoch wie noch nie. Demgegenüber wird immer erwähnt, dass ja auch Kreis- und Schulumlage zu zahlen sind und diese Umlagen die Schlüsselzuweisungen quasi auffressen und noch übersteigen. Wenn Sie sich die Zahlen aber anschauen, dann liegen die Schlüsselzuweisungen bei 31,1 Mio € und die Umlagen deutlich darunter. Das heißt also, wir haben durch den, durchaus hier und da von dem einen oder anderen Vertreter, der sich heute auch in dem Raum befindet, gescholtenen Kommunalen Finanzausgleich durchaus Vorteile als Stadt Wetzlar. Und das will auch, wenn es nur bedingt natürlich in die Kommunalpolitik fällt, aber mal erwähnt lassen, dass der Kommunale Finanzausgleich sicherlich nicht zum Schaden der Stadt Wetzlar aufgestellt ist. Wohlwissend und selbstredend, meine Damen und Herren, weiß ich natürlich und kann zumindest grob umreißen, wie der Kommunale Finanzausgleich gestrickt ist. Und wenn wir in 2 Jahren wieder über den Haushalt diskutieren, dann mag die Situation anders aussehen, das ist mit ganz klar, aber für den heutigen Tag und den Haushaltsplan 2017 ist der Kommunale Finanzausgleich ein Segen. Wenn Sie nämlich alle Einsparnisse, die wir erzielt haben und alle Einkommenspunkte

gegeneinander rechnen ohne den Kommunalen Finanzausgleich, dann haben wir vielleicht gerade eine schwarze Null da stehen. Durch den Kommunalen Finanzausgleich kann aber der Kämmerer rd. 3 Mio € positive Ergebnisse vorweisen. Der Überschuss in diesem Haushaltsplan stammt also einzig und allein aus dem Kommunalen Finanzausgleich, der uns in diesem Jahr zuteil wird. Jetzt will ich gerne den Blick auf das ein oder andere Produkt legen. Wenn wir uns beispielsweise die Bauplatzsituation in unserer Stadt anschauen und da das Angebot und die Nachfrage gegeneinander abwägen, dann können wir feststellen, dass wir eine konstant hohe Nachfrage an Bauplätzen in unserer Stadt haben. Wir können, und das ist eigentlich logisch, das ist auch zum Teil sinnvoll, diese Nachfrage nicht erschöpfend decken, aber wir müssen was tun, damit die Menschen, die in unsere Stadt ziehen wollen, in unserer Stadt bauen wollen, auch sehen, dass es Bemühungen gibt, dieser Nachfrage gerecht zu werden und nachzukommen. Und auch wenn die Bemühung der Historie hier vielleicht den Einen oder Anderen langweilt, will ich es trotzdem gerne tun. Stellen Sie sich mal vor, wir hätten ein Baugebiet Lahnberg/Rasselberg nicht gehabt, dann sähe das Verhältnis Angebot und Nachfrage deutlich ungünstiger zu unserer Stadt aus. Und ich rufe gerne in Erinnerung, wer für dieses Baugebiet Rasselberg/Lahnberg war und wer gegen dieses Baugebiet Rasselberg war, zumindest zeitlich befristet bis zu einem Punkt, als man dann festgestellt hat, das ist doch gar nicht schlecht, wenn wir Bauplätze verkaufen können. Zum Einen kommen Einnahmen in die Kasse, von denen profitieren wir heute noch, von denen haben wir aber auch die letzten 2 Jahre profitiert, und zum Anderen kommen natürlich auch Einwohner in unsere Stadt, die das Leben entsprechend vielfältiger gestalten können. An diesem Beispiel „Bauplätze“ wollte ich eigentlich nur deutlich machen, das wäre doch hier und da gar nicht schlecht, wenn sich vielleicht Mehrheitsfraktionen gelegentlich der Meinung der größten Oppositionsfraktion dieser Meinung annehmen würden und sich vielleicht diese Vorstellung auch noch zu eigen machen. Dann wäre das sicherlich deutlich zügiger, deutlich günstiger für unsere Stadt verlaufen. Im Bereich der Wassergebühren wird häufiger Kollege Breidsprecher oder die alte Regierungskoalition dafür gescholten und durchs Dorf getrieben, dass sie die Wassergebühren nicht adäquat bemessen hätte oder zu hoch oder zu niedrig ... Sie kennen die Diskussion, aber Sie machen es nicht besser. Wir warten seit einiger Zeit auf irgendwelche Zahlen, die wir deshalb nicht haben, weil die enwag, in der unser zuständiger Dezernent Aufsichtsratsvorsitzender ist, nicht zur Verfügung haben. Ein bisschen Schizophrenie sehe ich hier, ich unterstelle die keinem, aber ich sehe hier etwas Schizophrenie. Ich brauche hier in diesem Raum Zahlen und kann sie in einem anderen Raum unserer Stadt geben als gleiche Person. Da frage ich mich, warum tue ich das nicht. Und wenn Sie sich jetzt hier der Meinung dieser alten, eben gelobten Regierungskoalition annehmen würden, dann hätten wir die Zahlen und dann hätten Sie auch zugunsten unserer Mitmenschen in unserer Stadt, nämlich der Zahlerinnen und Zahler dieser Gebühren schon eine gute Entscheidung getroffen. Aber leider Fehlanzeige. Aber wenn Sie neben den Wassergebühren vielleicht sich in dem Bereich, und jetzt komme ich wieder auf die Idee, nehmen Sie unsere Kritik an und machen Sie sich zu eigen beim Bereich Klimaschutz zum Beispiel. Wenn ich mir,

und jetzt komme ich wieder konkret in ein Produkt in unserem Haushalt, die Klimaschutzmanagerin angucke und ihr Budget, dann wird das Budget deutlich erhöht. Wir gehen davon aus, dass deutliches Mehrengagement an den Tag gelegt wird und ich freue mich dann, wenn Kollege Noack hier vorne steht und den nächsten Teilbericht der Klimaschutzmanagerin auseinander nimmt und am Ende außer bedrucktes Papier und heißer Luft nichts übrig bleibt. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich zum Beispiel Ideen der CDU-Fraktion im Bereich Klimaschutz zu eigen machen würden, LED-Straßenbeleuchtung zum Beispiel, das spart nämlich für Jemanden, der Ahnung hat, tatsächlich Energie ein und nur eingesparte Energie wird nicht an anderer Stelle produziert, egal das in einem AKW, in einem Braunkohlekraftwerk oder in einem Fisch-Shredder in Österreich passiert, das ist an der Stelle ganz egal. Der Strom, der nicht umgewandelt wird, muss nicht erst umgewandelt werden in elektrische Energie. Meine Damen und Herren, darüber hinaus würden wir natürlich bei der Klimaschutzmanagerin bzw. dem Haushaltsposten neben effektiven Maßnahmen Personalressourcen generieren und auch finanzielle Ressourcen verfügbar machen, wenn wir an dem Punkt die Idee der CDU durchaus mal als realistisch annehmen könnte. Einen weiteren Punkt will ich nur ganz kurz ansprechen, die WetzlarCard. An dieser Stelle kann ich garantieren, vielleicht versteht es der Eine als Drohung, aber es ist tatsächlich nur ein freundlicher Hinweis darauf, die CDU-Fraktion wird dieses Thema sooft auf die Tagesordnung setzen, bis Sie, ähnlich wie beim Baugebiet Rasselberg, zur Vernunft kommen und endlich unsere Ideen da mit einfließen lassen. Wenn Sie an dieser Karte, wie sie aktuell ist, festhalten wollen, dann sind wir, sage ich jetzt mal provokativ, flapsig, gar nicht so weit auseinander. Wenn Sie unseren Haushaltsantrag genau lesen, dann ist in diesem breit gefächerten Angebot der WetzlarCard genau 1 Position, die zur Disposition steht. Das hat Herr Breidsprecher im Finanzausschuss mehr als deutlich gemacht. Es geht hier rein um die Busfahrten. Es streitet keiner ab, dass es sinnvoll ist, unsere Mitmenschen, vor allen Dingen, die sozial etwas schwächer gestellt sind und das aus dem eigenen Geldbeutel nicht leisten können, ins Museum gehen können, ins Schwimmbad gehen können oder auch an gesellschaftlichen Veranstaltungen teilhaben können und das gerne subventioniert von der Allgemeinheit. Wenn Sie hier tatsächlich die Kritik, die immer wiederkehrende unsererseits loswerden wollen, dann mache ich einen konkreten Vorschlag: Fragen Sie Herrn Breidsprecher als direkten Ansprechpartner, unseren Fraktionsvorsitzenden, wie wäre es denn, wenn wir uns zusammensetzen, mal darüber diskutieren. Vielleicht finden wir einen Kompromiss, dann ist dieser Punkt von der Tagesordnung und wir hätten tatsächlich was, womit man uneingeschränkt Werbung für unsere Stadt machen kann. Zunächst will noch mal zurück zur enwag und zu unseren Diskussionen um AquaPower, 10.000 € ja - nein, Windkraft, Atomkraftwerke usw. Meine Damen und Herren, ich habe ja mit Freude gelesen, dass es den einen oder anderen Antrag zum Haushalt gibt, der gerne 10.000 € streichen möchte, um diesen Tarif AquaPower der enwag aus dem Programm zu nehmen und konventionell unser Rathaus und alle anderen städtischen Liegenschaften mit Strom zu versorgen. Wenn wir einen Tarif AquaPower als Tarif AquaPower noch hätten, dann wäre das sicherlich sinnvoll. Aber so wie ich das

verstanden habe, hat die enwag ein Konglomerat, ein Paket geschnürt, womit unsere Stadt inzwischen versorgt wird, in der Alles enthalten ist. Das heißt also, wir sparen dadurch 50.000 €, wir können aber auf der anderen Seite nicht mehr sagen: Wir wollen keine Wasserkraft aus Österreich, sondern wir haben all das zu nehmen, was die enwag damit anbietet, das heißt, für die enwag der Vorteil, sie können jedem AquaPower verkaufen, zumindest ein Teil AquaPower, sie können damit ihre Zertifikate verkaufen. Für die Stadt hat es den Vorteil, dass wir vergünstigt den Strom beziehen und immer noch ein gutes Gewissen haben können, weil er irgendwie ökologisch wertvoll ist, wenn man Wasserkraftwerke, die zusätzlich gebaut werden in Österreich, als ökologisch sinnvoll ansieht. Der klassische Fisch-Shredder, der klassische Eingriff in die Natur in Österreich in Bergen, wo das Wasser fließt, wir reden hier von Laufwasserkraftwerken. Die Leute, die sich, wie ich auch, damit etwas genauer beschäftigt haben, die können eigentlich nicht behaupten, dass das ökologisch wertvoll ist. Und vor allen Dingen nicht vor dem Hintergrund der Energiewende in Deutschland. Wenn ich hier eine Umstellung schaffen will, dass Deutschland autark wird von Ergaslieferungen, Erdöllieferungen etc. und ich nicht auf Atomkraft setze, dann darf ich nicht dafür sorgen dass zusätzliche Fisch-Shredder in Österreich gebaut werden, sondern dann müsste ich theoretisch dafür sorgen, dass die bei uns in der Stadt gebaut werden. Das will ich aber nicht, das sage ich Ihnen gleich. Ein Laufwasserkraftwerk in der Lahn sorgt häufiger dafür, dass wir Probleme mit unserem Wasserstand haben, aber das nur am Rande erwähnt. Ich halte es im Zuge der Energiewende auch nicht für sinnvoll, wenn wir Windkraftanlagen bauen, die an einem Schwachwindstandort stehen und ich dafür wertvolles Waldgebiet abholzen muss, und das auf Jahrzehnte. Ich will wirklich, explizit und ausdrücklich sagen, dass bei der Beratung dieses Haushaltes eine Sache stattgefunden hat, die ich in der kurzen Spanne, in der ich in diesem Haus tätig bin, noch nicht so wahrgenommen habe. Ich mache Ihnen 2 Beispiele: Es gab nach Eingabe der Haushaltsanträge den einen oder anderen Telefonanruf oder ein Gespräch. Da ging es beispielsweise um den Antrag, den Kollege Fritz Teichner gestellt hat - Musikschule Wetzlar. Wir haben uns als CDU-Fraktion in der Vergangenheit immer wieder dafür eingesetzt, dass die Musikschule bei uns am Schillerplatz behindertengerecht zugänglich gemacht wird. Offensichtlich gibt es inzwischen mit dieser Kompromisslösung einen gemeinsamen und gangbaren Weg. Das finde ich gut. Ich will darauf hinweisen, dass unser Stadtverordnetenvorsteher Volck, wenn er hier vorne sitzt, gelegentlich am Ende eines Kalenderjahres darauf hinweist, dass wir doch in diversen Fragen, den allermeisten Fragen, eine Meinung haben und das entsprechend durch unser Abstimmungsvotum auch kundtun. Die Musikschule könnte ein weiteres Beispiel dafür sein, wie einig wir uns sind. Und dann will ich noch ein mir wichtiges Thema ansprechen: Lärmschutz Dalheim. Wir haben hier eine hitzige, eine lebhaftere, eine fachlich interessante Diskussion geführt - was bringen Bäume und Büsche entlang der B 49 in Bezug auf den Schallschutz. Wir waren uns einig, dass es was bringt, wenn man die Straße und die Autos, die da langfahren, nicht mehr sehen kann, obgleich man vielleicht nicht messen kann, dass es dadurch leiser wird. Das war die Idee meines Antrags und irgendwie hat es funktioniert, dass wir auch hier einen Kompromiss gefunden habe, dass absehbar am Ende des Jahres

tatsächlich was passiert, und zwar im Sinne unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Bereich Dalheim. Jetzt will ich dann abschließend 2 Kommentare loswerden. Ich würde dazu aufrufen wollen, ich will dazu aufrufen, dass wir vielleicht auch bei anderen Themen sachliche Auseinandersetzungen führen und dass die Regierungskoalition gelegentlich die Idee der CDU annimmt und zu ihrem eigenen Vorschlag und Vortrag macht. Ein vernünftiger Vorschlag, Freibad Domblick, steht noch auf der Tagesordnung, das wäre schön, wenn wir den auch noch einheitlich positiv votieren könnten und dann im Sinne des Klimaschutzes, wäre das mindestens bei der Straßenbeleuchtung ohne Streitfragen möglich. Wir werden auch als CDU-Fraktion natürlich sachlich Anträge der Grünen, der SPD, der FW mitdiskutieren, wenn sie denn zu einem Antrag zum Haushalt vorgelegt würden. Aber leider sind an dieser Stelle keine Anträge gestellt worden, was natürlich zeigt, dass Sie mit dem, was Ihr Kämmerer vorgelegt hat, sehr zufrieden sind. Ich danke jedenfalls im Namen meiner Fraktion und natürlich persönlich der Kämmerei für die Aufstellung dieses umfangreichen Planwerkes. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

## **Stv. Brückmann, SPD-Fraktion**

Sehr geehrte Damen und Herren, werter Herr Stadtverordnetenvorsteher, werte Stadtverordnete,

nach dem defizitären Haushaltsabschluss in 2015 und der sehr düsteren Prognose vor einem Jahr können wir mit der vorliegenden Haushaltssatzung, wie auch schon mit dem Nachtragshaushalt 2016, etwas optimistischer in die Zukunft der städtischen Finanzen blicken.

Vor ziemlich genau einem Jahr hat der neue Oberbürgermeister und kommissarische Kämmerer Manfred Wagner einen Haushaltsansatz mit einem Defizit von rund 8,5 Mio € im Ergebnishaushalt vorlegen müssen. Schuld waren die so oft erwähnten schlechten Einnahmen aus der Gewerbesteuer in 2015. Wir erinnern uns: Wurde vom scheidenden Oberbürgermeister und Kämmerer Wolfram Dette zu Beginn des Jahres 2015 noch eine schwarze Null prognostiziert, musste aufgrund eines Gewerbesteuereintruchs von in etwa 11 Mio € der Haushalt im Nachtrag revidiert werden. Als Fakt blieb nun ein Defizit von 8,5 Mio €, welches ohne Einsparungen in diesem Jahr durchaus höher ausgefallen wäre. Diese Unterdeckung fand sich im Haushaltsplan des Folgejahres 2016 wieder. Glücklicherweise kam die Wende noch im selben Jahr. Steigende Einnahmen durch die Gewerbesteuer, aber auch höhere Schlüsselzuweisungen vom Land sorgten für einen fast ausgeglichenen Haushalt. Als Folge dessen konnte nun vom neuen Kämmerer Jörg Kratkey der Haushaltsansatz für das Jahr 2017 vorgelegt werden und zwar mit einem Plus von 3 Mio €. Die Gründe für diese Trendwende sind in erster Linie bei den steigenden Gewerbesteuereinnahmen zu finden, aber auch erhöhte Schlüsselzuweisungen und Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sorgen für einen ausgeglichenen Planansatz.

Ferner dürfen wir nicht vergessen, dass der vorgelegte Haushaltsüberschuss nicht allein auf die schon genannten Mehreinnahmen zurückzuführen ist. Dem zugrunde liegen unpopuläre Entscheidungen, welche wir als Koalition zu fällen hatten. Auch hier erinnern wir uns kurz an das erste Halbjahr 2016: Das Regierungspräsidium Gießen erteilte dem von der Stadtverordnetenversammlung am 17.02.2016 verabschiedeten Haushalt keine Genehmigung. Ein erweitertes Haushaltssicherungskonzept wurde vom Magistrat erarbeitet, welches von diesem Hause am 13.07. desselben Jahres verabschiedet wurde. In der Folge erhielt der städtische Haushalt seine Genehmigung. Wesentliche Inhalte dieses Konzeptes waren zum einen die zehnpromtente haushaltswirtschaftliche Sperre, welche eine Einsparung im Bereich der Freiwilligen Leistungen vorsah. Gegen Ende des vergangenen Jahres folgten dann noch die im Hause vertretenen Fraktionen mit einem Verzicht von 10 % ihrer Fraktionsbezüge. Das Einsparpotential insgesamt: 900.000 €!

Zum anderen war eine nicht unerhebliche Anpassung der Grundsteuern A und B in diesem Konzept vorgesehen. Am 17.11. beschloss die Koalition eine Anpassung um jeweils 100 Hebesatzpunkte. Eine, wie schon oftmals von mir gesagt, nicht ganz freiwillige Entscheidung. Das Konnexitätsprinzip zwischen Land und Kommune wird der schwarzen Null auf Landes- und Bundesebene untergeordnet. Eine Tatsache, derer wir hier im Hause leider nicht zu ändern befähigt sind. Trotzdem soll dies in

einer Haushaltsdebatte auch Erwähnung finden. Allerdings kann die Stadt durch die beiden erhöhten Gemeindesteuern 2 Mio € Mehreinnahmen verbuchen. Zusammen mit den Einsparungen aus der Haushaltssperre, ergibt sich ein Betrag von rund 3 Mio €. Man kann also sagen, dass der Haushaltsüberschuss im Planansatz 2017 durch diese beiden Einzelmaßnahmen zustande gekommen ist.

Andere Maßnahmen, den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren, waren und sind nicht gegeben. Dies zeigt schon ein Blick auf die vorliegenden Haushaltsanträge der Opposition. Nettoeinsparungen zwischen 100.000 und 300.000 € ergeben sich aus den vorliegenden Anträgen von FDP und NPD. Ein Betrag, mit welchem sich das vorjährig geplante Defizit bei weitem nicht hätte kompensieren lassen. Fairerweise muss ich hier sagen, dass die Anträge sich inhaltlich ungemein unterscheiden. Die Fraktion der FDP versucht den konstruktiven parlamentarischen Diskurs zwischen Regierung und Opposition zu zeichnen, wohingegen die NPD-Fraktion Anträge in gewohnter Manier, gegen soziale und gesellschaftliche Unterstützung von ihrer Meinung nach „nicht der Gesellschaft zugehörigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern“ gestellt hat. Im Anschluss zur Antragsberatung werden wir noch zu Genüge mit diesen Ergebnissen seelischer Abgründe beschäftigt werden. Ein Umstand, auf welchen ich getrost hätte verzichten können.

Wer aus dem Haushaltsüberschuss jetzt allerdings schlussfolgert, eine Rücknahme der letztjährigen Erhöhungen sei angebracht, darf nicht außer Acht lassen, dass die Stadt einen Schuldenstand von in etwa 140 Mio € hat - also in etwa die Summe der gesamten städtischen Erträge eines Jahres. Diese Schulden müssen auf lange Sicht zurückgezahlt werden und das verlangt auch das Regierungspräsidium. Ebenso ist eine Aufhebung der haushaltswirtschaftlichen Sperre vom RP nicht vorgesehen. Aber auch die gegenteilige Schlussfolgerung ist verkehrt. Jetzt den geplanten Überschuss sofort wieder ausgeben zu wollen, spricht für eine fragwürdige Haushaltsdisziplin. So muss ich auf die gestellten Anträge der CDU-Fraktion verweisen, welche Nettomehrausgaben von fast vier Mio € zur Folge hätten.

Bei allem Optimismus in Anbetracht des Planansatzes dürfen wir eines nicht vergessen, was uns das Jahr 2015 zeigte: Zwischen geplanter und reeller Entwicklung liegen oftmals mehrere Mio Euro. Auch dürfen zukünftig zu erwartende Entwicklungen nicht außer Acht gelassen werden. So sinken mit einem erhöhten Steueraufkommen die Schlüsselzuweisungen des Landes, ebenso macht die Kreis- und Schulumlage eine Entwicklung hin zu Ungunsten des städtischen Haushaltes. Ebenfalls werden wir uns wohl demnächst mit bundespolitischen Entscheidungen auseinandersetzen müssen. Stichwort ist hier der Bund-Länder-Ausgleich, bei welchem sich der Bund und die Hessische Landesregierung auf eine Änderung der Umsatzsteuerumlage geeinigt haben. Wie wir wissen, ein wichtiger Ertragsposten des städtischen Haushaltes. Wollen wir hoffen, dass bei dieser Entscheidung nicht die hessischen Kommunen das Nachsehen haben werden.

Abschließend bleibt zu sagen, dass die Wetzlarer Finanzen auf einem guten Weg sind. Dies bestätigt auch der RP, welcher die Bemühungen des Magistrats zur Haushaltskonsolidierung lobte. Dafür verantwortlich sind neben den haupt- und ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern natürlich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei, welchen ich hiermit noch einmal ausdrücklich danken möchte. Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung des vorliegenden Haushaltes.

## **FrkV Lefèvre, FW-Fraktion**

Sehr geehrter stellv. Stadtverordnetenvorsteher,  
meine Damen und Herren,

Ein Aufatmen! Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2017 weist einen Überschuss von 3 Mio. € aus und das, obwohl die Gewerbesteuer anfangs nur mit 29,9 Mio. und in der Änderungsliste mit 33 Mio. € angesetzt werden konnte. Wegen der schlechten Vorjahresergebnisse gibt es allerdings höhere Schlüsselzuweisungen vom Land. Damit ist aber noch lange nicht die Höhe der Gewerbesteuer des Jahres 2008 mit 45 Mio. € erreicht. Und ich muss immer wieder betonen, dass die niedrigen Gewerbesteueraufkommen die Ursache unserer jahrelangen Defizite sind. Dank der Umsetzung der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen, dank konsequenter Sparmaßnahmen inklusive Haushaltssperre mit 10%igen Einsparungen bei allen Aufwandspositionen und Grundsteuererhöhung als Maßgabe des RP, konnte das diesjährige Plus erarbeitet werden. Alle diese Maßnahmen, auch die Einsparungen bei den Freiwilligen Leistungen, waren erforderlich. Sie waren schmerzhaft aber notwendige Entscheidungen, die Keinem Spaß gemacht haben und sicher Keinem leichtgefallen sind. Aber sie sind Voraussetzung einer Haushaltsgenehmigung und keineswegs eine Willkür des Magistrates, wie so mancher behauptet.

### **Ergebnishaushalt**

Bei den gestiegenen Aufwendungen im Ergebnishaushalt entfallen 1,1 Mio. € auf Personalkosten, was vor allem auf Tarifänderungen zurückzuführen ist, wobei die Entwicklung des Stellenplans konstant bleibt.

Bei den Sach- und Dienstleistungen haben wir einen Anstieg von 0,5 Mio. € zu verzeichnen, die größtenteils aus Preissteigerungen resultieren.

Im Bereich der Jugendhilfe ist nur eine geringe Steigerung von 0,35 % zu verzeichnen, was bedeutet, dass die unverzichtbaren präventiven Leistungen greifen und Wetzlar auf einem guten Weg ist. Ich denke an die Initiative „Frühe Hilfen“, „Sozialarbeit an Schulen“, „Soziale Stadt“ Westend, Niedergirmes und demnächst Dalheim, das Projekt „Familienklasse“, das schon an drei Schulen praktiziert wird. (Dalheim, Lotteschule, Geschwister-Scholl-Schule) und die Unterhaltung der Jugendtreffs in der Kernstadt und in den Stadtteilen.

Im Bereich der Kindertagesstätten ist die Haushaltssituation nach wie vor durch eine „unzureichende Landesförderung“ geprägt. Kindertageseinrichtungen sind nach wie vor Zuschussbetriebe. Hier werden die Kommunen vom Land allein gelassen. Das Land legt Standards fest, ist aber nicht bereit, die vollen Kosten der Umsetzung zu übernehmen. Hier muss immer wieder auf das Konnexitätsprinzip verwiesen werden: Wer bestellt, der bezahlt. Es reicht nicht aus, wenn das Land einmalige Neu- und Umbauten zahlt, viel wesentlicher ist die Unterstützung der laufenden Kosten der Einrichtungen. „Frühkindliche Erziehung und Bildung“ ist wichtiger denn je. Hier werden die Grundlagen für das spätere Leben gelegt. Das Land muss tätig werden!

## Finanzhaushalt

In unserer Stadt hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan. Unsere Stadt blüht. Es gibt keinen Stillstand. Wer mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, kann viele bereits fertiggestellte und noch im Bau befindliche Projekte bestaunen. Ich nenne nur die Entwicklung der Bahnhofstraße mit Abriss des Mauricius, Wohnbebauung an der Lahn, IKEA, Revitalisierung des C&A- Gebäudes in der Langgasse, Ansiedlung von Leica-Camera und Errichtung eines Hotels und Museums im Leitz-Park, die behindertengerechte großzügige Umgestaltung des Leitz-Platzes mit einem unverstellten Blick auf unsere schöne Altstadt, die Neukonzeption des Stadthauses am Dom, die Erschließung von Baugebieten usw., usw.

Ab 2017 haben wir es zum Teil mit nicht für Jedermann sichtbaren Herausforderungen zu tun: Die unaufschiebbare Sanierung des Kanalnetzes. Eine langfristige Planung mit einem Kostenaufwand von rund 35 Mio. € bis 2024. Allein für 2017 sind rund 6 Mio. € eingeplant. Hinzu kommen die Folgekosten für die Oberflächensanierung der Straßen. Diesen Sanierungsmaßnahmen können wir uns nicht entziehen. Es ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen, die bei Nichterfüllung strafrechtlich verfolgt wird. Da Kanalsanierung schon lange ansteht, betrifft sie uns also alle. Deshalb ist es wichtig, dass wir bei diesem Thema an einem Strang ziehen.

Neben der unausweichlichen Kanalsanierung haben der Grunderwerb für das geplante Gewerbegebiet Münchholzhausen Nord, der Erwerb von Teilflächen des Lahnhofgeländes und der Umzug der Stadtbibliothek in die Bahnhofstraße Priorität. Aber auch das Projekt Stadtumbau, ein Förderprogramm des Landes Hessen, in das Wetzlar aufgenommen wurde, muss benannt werden. Denn dieses Projekt erstreckt sich vom Forum bis zum Neustädter Knoten und ist eine Chance für den Karl-Kellner-Ring und die Langgasse. Begrüßenswert ist auch das geplante Laufband in der Hauser Gasse. Es gestaltet die Altstadt wieder etwas mehr behinderten-, senioren- und elterngerecht.

Das Plus im Ergebnishaushalt bedeutet nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen können, nein, es muss weiter eisern gespart werden. Mit den Konsolidierungsmaßnahmen sind wir auf dem richtigen Weg. Der Magistrat hat ein Konzept erarbeitet, das auch in den nächsten Jahren weiter umgesetzt werden muss. Die Umsetzung der Konsolidierung ist ein nachhaltiger Prozess, der uns alle auch in den nächsten Jahren fordert. Als sehr wichtig und erfolgversprechend sehe ich unsere „Interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft zur Konsolidierung des Haushaltes“. Hier müssen wir alle konkreten Vorschläge zur Konsolidierung einbringen und ich hoffe, dass es uns gelingt, an einem Strang zu ziehen, denn nur gemeinsam können wir die Konsolidierung schaffen. Wir tragen alle Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt. Packen wir es gemeinsam an!

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie bei dem Magistrat für die geleistete Arbeit, insbesondere für die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen. Ich bedanke mich insbesondere für die sehr gut verständlichen Ausführungen und Beschreibungen.

Wir stimmen dem Haushaltsplanentwurf zu.

## **Stv. Sämman, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Sehr geehrter stellv. Stadtverordnetenvorsteher,  
meine Damen und Herren,

Ich möchte mit ein paar Worten des Dankes beginnen und aus gegebenem Anlass möchte ich mich auch schon bedanken eigentlich für die Rede von Herrn Hundertmark. Sie war doch in einiger Hinsicht interessant, hat mir ein paar Pointen in der Rede versaut, schade. Aber diese konstruktive Art, natürlich streiten wir uns in vielen Punkten, aber wenn wir diese Art pflegen könnten, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg. Weiterhin möchte ich natürlich zuerst allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danken, die viel Arbeit in die Erstellung dieses Haushalts gesteckt haben, und das bei sicherlich nicht leichten Rahmenbedingungen.

Über die Details der schwierigen Haushaltslage der vergangenen Jahre brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht mehr viel erzählen. Für mich ist das zwar der erste Haushalt, aber viele von Ihnen waren dabei und haben hautnah miterlebt, wie die finanzielle Lage der Stadt in Schieflage geraten ist. Die Zahlen wurden heute schon genannt: 2008 Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 45 Mio €, danach ein Absturz auf 16,5 Mio €. Heute kam auch die Nachricht, die Kommunen würden so viele Gewerbesteuereinnahmen erheben wie nie, wir sind davon weit entfernt. Wir sind jetzt bei 30 Mio € in etwa angelangt. Das ist keine leichte Ausgangslage. Es erforderte keine einfachen Entscheidungen und es erforderte schwere Entscheidungen, die uns bei Weitem nicht leicht gefallen sind. Doch diese Koalition hat die Aufgabe angenommen und das Ergebnis lässt sich jetzt sehen. Unter dem Haushalt 2917 steht ein Plus von 3 Mio €. Dieser Haushalt spiegelt aber nicht alleine die Anstrengungen des Kämmers wider, den Haushalt zu sanieren. Er ist viel mehr, er ist ein Zeugnis guter Politik, die unsere Stadt unglaublich voranbringt. Wetzlar erlebt eine dynamische und kraftvolle Entwicklung. Immer mehr Menschen möchten entgegen aller demografischen Prognosen in unserer Stadt leben. Unternehmen siedeln sich an und die Stadtentwicklung nimmt eine Geschwindigkeit auf, die es seit Jahren nicht mehr in Wetzlar gab. Immer wieder kann man in Druckerzeugnissen von hier vertretenen Fraktionen lesen, wie es mit Wetzlar abwärts ginge. Doch wenn die Bürgerinnen und Bürger mit offenen Augen durch die Stadt gehen, dann nehmen sie das ganz bestimmt ganz anders wahr. Es ist für uns ein Ansporn, dass immer mehr Menschen in Wetzlar leben möchten. Dem werden wir gerecht, indem wir die verschiedensten Formen von Wohnraum schaffen. Also, Baulücken werden geschlossen, ganz Quartiere, wie die Bahnhofstraße, werden aufgewertet und auch für die Menschen, die nicht mit einem hohen Einkommen gesegnet sind, schaffen wir einen Platz in der Mitte unserer Stadtgesellschaft. Und das sei Ihnen gesagt, meine Damen und Herren, der Opposition - gerade Herr Breidsprecher - die WetzlarCard ist ein elementarer Bestandteil dieser Maßnahmen, den sozialen Zusammenhalt stärken. Wetzlar ist auch eine Stadt, die sich durch eine kulturelle Vielfalt auszeichnet, und damit meine ich nicht nur die verschiedensten Vereine, die jedes Jahr tolle Arbeit leisten und ein breites Spektrum an kulturellen Veranstaltungen darbieten, nein, Wetzlar ist eine Stadt, die durch Migration und die unterschiedlichsten Kulturen bereichert wird. Wir sind stolz darauf, vielfältig und bunt zu sein und nehmen die verschiedensten Programme, Förderungen und Beteiligungsmöglichkeiten wahr, damit Integration gelingen kann. Dazu gehört es aber auch, sich gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Hass zu stellen, sei

es in diesem Saal gegen eine verfassungsfeindliche und rechtsextreme Partei oder am Stammtisch, wo mit Vorurteilen und einfachen Parolen Stimmung gemacht wird. Mit dieser Koalition legen wir den Grundstein für ein lebenswertes Wetzlar in der Zukunft. Zahlreiche Umweltschutzmaßnahmen werden und wurden bereits umgesetzt. Ich nenne nur die Lahnschlinge bei Dutenhofen, weiter flußabwärts die Lahnaue bei Garbenheim oder die Renaturierung des Wetzbachs. Auch die Umsetzung der Energiewende ist weiterhin ein wichtiges Anliegen und natürlich muss auch Wetzlar hier seinen Beitrag leisten und auch vor Ort die Energiewende gestalten. Energetische Sanierung, ökonomisch und ökologisch äußerst sinnvoll, haben wir angegangen. Sie reden über Energiesparlampen, ja, wir haben unglaublich im Gegenzug dafür durch das KIP-Programm zahlreiche Maßnahmen ergriffen von Heizungen, energetischen Dämmungen und vieles Weiteres. Engagiert und erfolgreich arbeiten wir mit unserer Nachbarstadt Solms am Klimaschutz und, ja, natürlich wird es auch hier mit dem Klimaschutzkonzept dazu kommen, dass wir Erneuerbare Energie auch im Bereich Blasbach erzeugen werden. Eine neue, wichtige Zukunftsaufgabe, die unser Dezernent Kortlüke nun übernommen hat, ist die Gestaltung der Nahmobilität in unserer Stadt. Wir sind der entsprechenden Arbeitsgruppe des Landes beigetreten, werden uns dafür einsetzen, dass wir die Rahmenbedingungen für Fußgänger und Radfahrer in dieser Stadt deutlich verbessern, eine Aufgabe, die lange Zeit unbeachtet blieb.

Mein Damen und Herren, zu guter Letzt möchte ich noch auf die wenigen Kritikpunkte der Opposition eingehen. Auf Dauer ist es zum Teil doch ermüdend, immer die gleichen Nachrichten zu hören, Sie entlarven sich damit zum Teil selbst. Wer immer wieder fordert, die WetzlarCard abzuschaffen, und darauf ständig besteht, ohne die soziale Wirkung dieser Maßnahme zu wertschätzen, ich finde, der stellt sich abseits von den Menschen, die wirklich Hilfe in unserer Stadt benötigen. Gleichzeitig hören wir oft, wir würden nicht genug sparen, Sie fordern aber selbst Mehrausgaben in Millionenhöhe. Ein schlüssiges Konzept fehlt bei Ihnen. Ja, Sie leisten in einigen Punkten Arbeit mit konstruktiven Vorschlägen, die wir auch gerne bereit sind aufzunehmen. Doch uns fehlt, und davon entbindet Sie der Platz in der Opposition nicht, mal eine Art schlüssiges Konzept darzustellen. Immer nur mit dem Finger zu zeigen und zu schreien, ist keine gute Oppositionsarbeit. Natürlich können Sie kritisieren, aber es wäre schon, wenn Sie auch mal Alternativen aufweisen würden, die in einem Gesamtkonzept wirklich zusammenpassen würden.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist in mehrfacher Weise gut für unsere Stadt. Mit vielen Anstrengungen und schweren Entscheidungen haben wir die Trendwende geschafft. Wetzlar schreibt endlich wieder schwarze Zahlen. Wetzlar ist auf einem guten Weg. Wir sind eine attraktive Stadt. Viele positive Entwicklungen wurden durch uns angestoßen und werden in den nächsten Jahren fortgesetzt. Wetzlar wird grüner, gerechter und nachhaltiger durch die Arbeit von uns und wir werden den jetzt eingeschlagenen Kurs mit Erfolg fortsetzen. Vielen Dank.

## FrkV Dr. Büger, FDP-Fraktion

Herr Pohl,  
meine Damen und Herren,

was vor uns liegt, ist der erste komplette Haushalt nach der Kommunalwahl und auch der erste, den der neue Kämmerer aufgestellt hat. Jetzt könnte man meinen, nach einer Vielzahl nicht ausgeglichener Haushalte seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün/FW im Jahr 2011 wäre jetzt die Welt endlich wieder in Ordnung, am Ende steht ein Überschuss von rd. 3 Mio €. Man muss natürlich einmal genau betrachten, woher dieser Überschuss eigentlich kommt. Seit dem Start von Rot-Grün/FW ist der Hebesatz der Grundsteuer B hier in Wetzlar von 300 % auf 590 % angestiegen und hat sich damit nahezu verdoppelt, nachdem dieser mehr als 25 Jahre stabil war. Anstatt weniger als 6 Mio € zahlen die Wetzlarer Bürgerinnen und Bürger mehr als 12 Mio €. Umgerechnet auf die 52.000 Einwohner Wetzlars heißt das jedes Jahr etwa 120 € mehr. Dabei hat auch die Landesregierung mit falschen Vorgaben gewichtigen Anteil. Diese Koalition hier hat sehr fleißig mitgemacht und bei der letzten Grundsteuererhöhung auch noch mehr draufgelegt als das, was unbedingt notwendig gewesen wäre. Das zahlen ja auch alle Mieter und weil die Steuer auf den Wohnraum und nicht auf das Einkommen geht, belastet sie ganz besonders Familien mit Kindern. Leider ist das ja nicht nur in Wetzlar so. Meine Damen und Herren, vergleichen wir mal weiter mit dem Jahr 2011, so sind die Schlüsselzuweisungen des Landes aufgrund unserer niedrigen Gewerbesteuererträge deutlich gestiegen. Insgesamt sind die Schlüsselzuweisungen von 18 Mio € auf 31 Mio € gestiegen. Die Stadt profitiert im Saldo noch mit rd. 10 Mio € gegenüber 2011, das ist durchaus positiv. Dabei habe ich die gestiegene Einkommensteuer noch gar nicht berücksichtigt. In diesem Licht betrachtet finde ich die 3 Mio € Überschuss eher mickrig und auf jeden Fall keine eigene Leistung dieses Magistrats oder der Fraktionen, die sie tragen. Das kam wirklich von außen auf uns zu. Was mich besonders ärgert, ist, dass die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um rd. 600.000 € ansteigen, während Sie sich gleichzeitig dafür rühmen und sagen, wie schwer es Ihnen angeblich gefallen wäre, die Freiwilligen Leistungen um 380.000 € zu kürzen. Bei den anderen 600.000 €, da merkt man eines: Da war im letzten Jahr im Nachtrag was runtergegangen, aber offensichtlich waren das alles Einmaleffekte und alles Eintagsfliegen. Nachhaltiges Sparen ist definitiv etwas anderes. Und was ich feststelle, das zieht sich wie ein roter Faden durch den Haushalt, ist, dass Sie nicht für den Bürger sparen, sondern Sie sparen am Bürger. Das halte ich für völlig falsch. Sie erhöhen den Bürgern die Steuern, wo immer es geht. Sie denken über jede nur mögliche Gebührenerhöhung nach, allein beim Müll zahlt der Wetzlarer je nach Anzahl der Leerungen fast doppelt so viel wie im restlichen Kreisgebiet. Sie streichen gleichzeitig die Zuschüsse für unsere Vereine zusammen. Dort, wo sich Bürger ehrenamtlich in der Stadtgesellschaft betätigen, da wird etwas zusammengestrichen. Wo Sie aber nicht sparen, das ist das, was mich am meisten ärgert, das ist an sich selbst. Verwaltungsausgaben 600.000 € Plus, die berühmten Wasserkraftwerke in Österreich mit 10.000 € jährlich. Ja, die Kosten der WetzlarCard, sie steigen auf 127.000 €. Wir haben nichts gegen Teilhabe am kulturellen Leben in dieser Stadt, Bäder, Angebote beim Ferienpass u. a. finden unsere uneingeschränkte Zustimmung. Aber eine Teilhabe, die zu weit mehr als 90 % nichts anderes als die Teilhabe am kostenlosen Busfahren ist, die hat mit den hehren Zielen sehr wenig zu tun. Hier haben Sie schlicht und ergreifend

Mitnahmeeffekte, denen Sie aus ideologischen Gründen nicht entgentreten. Stattdessen sollte man das Geld besser einsetzen, indem man es z. B. den Vereinen zurückgibt, denen Sie es abgenommen haben, denn dort findet echtes Leben statt, dort findet gelebte Teilhabe von Menschen statt. Aber diese Teilhabe verhindern Sie genau mit diesem Haushalt.

Leider schlägt der Haushalt unseres grünen Dezernenten mal wieder dem Fass den Boden aus. Um nicht weniger als 60 % steigen die Ansätze für Sach- und Dienstleistungen im Bereich Umweltschutz, nämlich von 69.200 € auf 110.820 €, und das in einem Jahr. So sollen auf jeden Fall allein 20.000 € zusätzlich für aktive Begleitung der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität ausgegeben werden. Im Gegenzug werden die Mittel für Rad- und Wanderwege gekürzt. Und dann werden die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Umweltamt deutlich ausgebaut und die Reisekosten werden um 3.700 € auf 6.500 € verdoppelt. Außerdem soll eine Stelle finanziert werden beim Naturschutzzentrum und ganz nebenbei werden dann die „Aufwendungen für bezogene Leistungen“ von 0 € auf 10.000 € erhöht.

Meine Damen und Herren, vergeblich sucht man in diesem Haushalt auch die Einnahmen zum Windpark Blasbach, weil ja auch realistischer Weise aus dem Blasbacher Windabenteuer finanziell nichts Positives werden wird. Auch um die angebliche enwag-Beteiligung ist es ja ruhig geworden. Allein die von mir genannten Mehrausgaben sind zu 60 % im Umweltamt. Die würden schon die Hälfte von dem auffressen, was überhaupt als Maximum aus diesem Windabenteuer herauskommen könnte. Hier wird also eines gemacht: Bevor längst Geld eingenommen ist, wird in ganz großem Stil ausgegeben, eingenommen wird definitiv nichts. Und eines ist auch klar: Zahlen müssen es am Ende über höhere Grundsteuern, über geringere Freiwillige Leistungen, zahlen müssen es am Ende die Bürger. Weil Sie nicht für den Bürger sparen, sondern am Bürger, weil dieser Magistrat den Bürgern das Geld aus der Tasche zieht und die Leistungen für unsere Vereine kürzt, während er selbst seine Spielwiesen weiter großzügig bedient, deswegen lassen Sie uns keine andere Chance, als diesen Haushalt abzulehnen.

## FrkV Dr. Bohn, NPD-Fraktion

Ich grüße Sie, Herr Pohl,  
ebenso die Abgeordneten der besonderen Art,

von Herrn Kratkey wurde nun ein Haushalt für 2017 vorgelegt, der, obwohl ja Einiges auf der Ausgabenseite gedrosselt wurde, sogar mit einem kleinen Plus ausgewiesen wird, was auch wir, durchaus eingeschränkt, mal loben wollen. Dennoch gegen Ende des Jahres 2017 wird auch das wieder nicht reichen. Der nächste Nachtragshaushalt kommt wie der Sonnenaufgang nach der Nacht. Es wurden hier schon etliche Sparmodelle erwähnt, da kann man ruhig mal den Herrn Büger lobend erwähnen mit seiner Rede, der doch etliche Punkte kritischer noch angefasst hat als die CDU, die sich auch ein bisschen Mühe gegeben hat, aber nicht so detailliert und deutlich war wie der Herr Büger.

Nach Meinung der NPD-Fraktion wird nicht genug dort gespart, wo das Sparen problemlos möglich ist. Nach unseren Vorschlägen und Anträgen kann eine Zusatzsumme von 272.941 € eingespart werden, im Prinzip. Gäbe es keinen gestiegenen Geborgenheits- und Sicherheitsverlust bei uns in Wetzlar auf öffentlichen Plätzen und Straßen, das bedingt dann nämlich die stetig steigende staatlich geförderte Einwanderung von kulturfremden Menschen, dann wäre dies eine echte stattliche Einsparung gewesen. Aber durch diesen steigenden Sicherheitsverlust haben wir den Antrag eingebracht, die Ordnungspolizei um 4 Kräfte, wenn auch nur Halbtagskräfte, zu erhöhen, die vor allen Dingen abends für mehr Sicherheit auf Wetzlars Risikoplätzen sorgen sollen durch Anwesenheit und Kontrolle. Das wurde natürlich im Finanzausschuss abgeschmettert. Sicherheit für Wetzlars Bürger, das ist offensichtlich nur ein Lippenbekenntnis. Leider bedingen halt die Neueinstellungen Kosten und, wenn ich das ausrechne in der Bilanz zwischen Ausgaben und Einsparungen, dann verbleibt immer noch ein Einsparüberschuss von ca. 110.000 €, der möglich gewesen wäre.

Aber, hier wurde ja schon Einiges kritisiert, das brauche ich dann nicht zu wiederholen. Ich beschränke mich mal auf ein anderes Sachgebiet, wo man noch kritisieren kann. Generell bemängeln wir, dass viele Gelder extra, ich betone extra, direkt für die Förderung von Ausländern verwendet werden. Meine Damen und Herren, gehen Sie mal in die Türkei. Dort sind im Haushaltsplan einer vergleichbaren Stadt wie Wetzlar keine extra Fördergelder für deutsche und andere ausländische Mitbewohner vorgesehen. Finden Sie nicht. Solche Haushaltsansätze gibt es auch nicht in den USA, dem klassischen Einwanderungsland. Sicher gibt es Zuschüsse und Budgetposten allgemein für Sport- und Kulturvereine etc., aber diese Posten sind eben für alle Bürger vorgesehen, da gibt es keine Extrawürste für die Neueinwanderer. Wir behaupten, dass diese Extrazuwendungen, die wir getrost als Extrawurstzuteilung für Ausländer ansehen, eben eine Benachteiligung aller indigenen Deutschen sind.

Ein Ausgabeposten, der erregte mein besonderes Interesse: Im Haushalt sind für Jugend, hier unter anderem für Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen, 1.923.850 € vorgesehen. Die sozialpädagogische Familienhilfe ist mit 834.200 € veranschlagt. Und Vollzeitpflege für die Jugend kostet 694.500 €. Und dann noch Erziehung in einer Tagesgruppe 456.200 €. Insgesamt sind es 3.928.750 €, das sind

für Jugendhilfe eigentlich doch demoralisierende Zahlen. Das heißt, ein beträchtlicher Jugendteil in Wetzlar ist offensichtlich so herunter gewirtschaftet oder in Not gebracht worden, dass sie in Not geraten sind, dass sie so viel Kosten dann verursachen. Man darf die Frage stellen, ob „Demokratie Leben“, wie es ja hier einen Sonderposten gibt, so wie vom Machtsystem seit 1950 vorprogrammiert und auch wohl gewünscht durchgeführt, wirklich so nachahmenswert ist. Wir können eine solche Politik, die zu solchen Jugendproblemen führt, nicht unterstützen. Nach wie vor erbringen nämlich die gutmütigen Deutschen die Hauptlast des Steueraufkommens.

Erhöhte Budgetausgaben werden in 2017 noch zustande kommen durch die in diesem Jahr als volljährig deklarierte Jungflüchtlinge. Der Spiegel hat berichtet, dass hierdurch auf die Kommunen etliche Mehrausgaben zukommen. Das ist meines Wissens nicht im Haushalt 2017 vorbeugend verankert worden.

Die Verbindlichkeiten aus Krediten steigen von 126 Mio € (2016) nun auf 137 Mio in 2017, das heißt 11 Mio € mehr Verbindlichkeiten, de facto Schulden. Das ist doch erschütternd. Allein diese Steigerung zeigt, dass die Stadt in Wirklichkeit zahlungsunfähig ist. Also, der Konzern Wetzlar hätte längst die Insolvenz anmelden müssen. Der Magistrat müsste meiner Meinung nach wegen Insolvenzverschleppung eigentlich vor den Richter gebracht werden. Die NPD kann diesem Haushalt nicht zustimmen. Vielen Dank für Ihre Geduld.